

WEGEN DER GROSSEN NACHFRAGE: SIE KÖNNEN DEN AUFKLEBER „JAMMERT MIR NICHTS VOR ...“ WIEDER BESTELLEN. Rückseite

Nummer 33
19. Oktober 2002
www.cdu.de



Foto: AP

KOALITIONSVEREINBARUNG

Gift für Wachstum und Beschäftigung

„Eine Kette von Wahl-lügen, die – aneinandergereiht – für die Bürger Schlimmes befuchten lassen“ hat die Parteivorsitzende auf einer Pressekonferenz zusammen mit dem CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber am 19. Oktober den rot-grünen Koalitionsvertrag genannt. Einen Tag vorher waren die Präsidien von CDU und CSU in Berlin zu einer ge-

meinsamen Sitzung zusammengekommen und hatten den Vertrag beraten und detailliert bewertet. Einhelliges Urteil: Bereits vor seiner Wahl zum Bundeskanzler stellt Schröder unter Beweis, dass er seine „kurzatmige, mutlose Politik“ fortsetzt. Angela Merkel: „Schlimmer noch: Die geplanten Steuer- und Abgabenerhöhungen sind Gift für Wachstum und Beschäftigung.“ ▶

DOKUMENTATION

Die zweite Chance – ungenutzt. Politische Bewertung der Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Grünen für die 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags (Seite 3–16)

Gemeinsamer Beschluss der Präsidien von CDU und CSU zur rot-grünen Koalitionsvereinbarung (Seite 17–19)

Innenenteil

■ **Laurenz Meyer:** Rot-Grün betreibt die Politik des Wortbruchs weiter (Seite 5) ■ **Dietrich Austermann:** Schlimmer Wahlbetrug (Seite 6) ■ **Matthias Wissmann:** Rot-grüner Fehlstart bei Wirtschaft und Finanzen (Seite 7) ■ **Peter Rauen:** Flucht in höhere Steuern (Seite 8) ■ **Peter Götz:** Katastrophale Folgen für Städte, Gemeinden und Landkreise (Seite 9) ■ **Karl-Josef Laumann:** Rentenpolitischer Offenbarungseid (Seite 10) ■ **Gerald Weiß:** Familie mit zwei Kindern verliert 13.472 Euro Eigenheimzulage (Seite 11) ■ **Maria Böhmer:** Die Familien zahlen wieder drauf (Seite 12) ■ **Erwin Marschewski:** Innere Sicherheit und Zuwanderungsbegrenzung kein Anliegen von Rot-Grün (Seite 13) ■ **Klaus Lippold und Peter Harry Carstensen:** Rot-Grün setzt landwirtschaftsfeindliche Politik fort (Seite 14) ■ **Ilse Aigner:** Irreparabler Schaden für das bürgerliche Engagement (Seite 15)

IMPRESSUM



Fortsetzung von Seite 1

Angela Merkel erinnerte daran, dass die Union einen sachlichen und in finanzpolitischer Hinsicht auf Solidität angelegten Bundestagswahlkampf geführt habe. Finanzminister Eichel habe dagegen die tatsächliche Kassenlage den Wählerinnen und Wählern bewusst verschwiegen. Wenn er jetzt Steuer- und Abgabenerhöhungen plane, werde er mit dem entschiedenen Widerstand der Union im Bundesrat rechnen müssen. CDU und CSU werden ihre klaren Alternativen deutlich machen.

„Bereits gescheitert, bevor sie überhaupt angefangen“ habe, ist die Schröder-Regierung nach Meinung des CSU-Vorsitzenden. Edmund Stoiber: Mit dem „Belügen der Wähler“ und mit der „massiven Erhöhung der Neuverschuldung“ haben Schröder und Eichel heute schon in Deutschland sowohl wie in der Europäischen Union jede Glaubwürdigkeit verspielt.

Nachdem der Finanzminister in der vergangenen

Woche habe eingestehen müssen, dass er das EU-Defizitziel nicht werde einhalten können, sei der „Sparkurs komplett gescheitert“. Mit seinem Nachtragshaushalt leiste er vollends den „Offenbarungseid“.

Edmund Stoiber warnte die Bundesregierung davor, den Stabilitätspakt aufzuweichen. Wer dies wolle, nehme die Zusage an die deutsche Öffentlichkeit zurück, dass der Euro so hart sein werde wie die D-Mark. Die Union werde dagegen „am Stabilitätspakt gegen alle Widerstände festhalten“.

In diesem Zusammenhang wies Edmund Stoiber auf den unterschiedlichen Politikansatz zwischen Rot-Grün und der Union hin: Während die Bundesregierung den Menschen keine Problemlösungskompetenz zutraue und mehr als 50 Prozent der Einkommen umverteile, verfolge die Union genau den entgegengesetzten Weg, den der Senkung der Staatsquote – einen Weg über den „wir uns im übrigen mit den meisten europäischen Staaten einig“ sind.

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

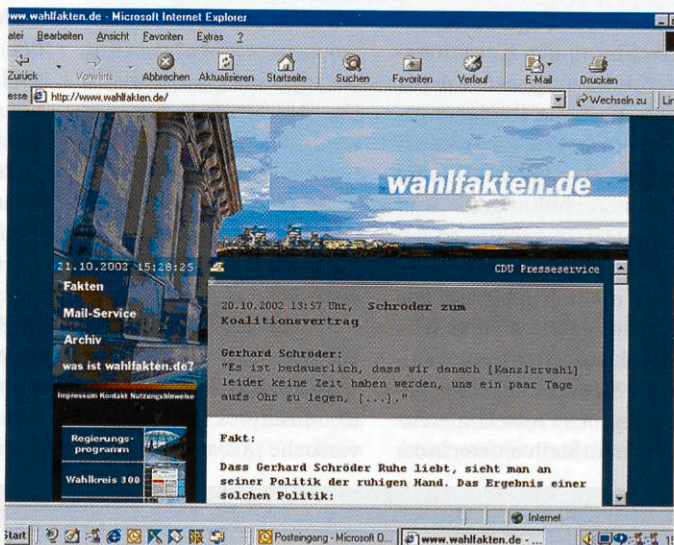
„RAPID RESPONSE“ GEHT WEITER

Widerlegung von zentralen Aussagen Schröders auf dem SPD-Parteitag

Vier Wochen nach der Wahl tritt eine der größten vorsätzlichen Wählertäuschungen seit Bestehen der Bundesrepublik zu Tage. Es ist deutlich geworden: Rot-Grün hat mit einer breit angelegten finanzpolitischen Vertuschungsaktion die politische Kultur in Deutschland erheblich beschädigt.

Umso wichtiger ist es, dass eine wachsame Opposition Falschaussagen und Fehler der Bundesregierung aufzeigt und so Transparenz in die inhaltliche Auseinandersetzung bringt. Deshalb wird die CDU das erfolgreiche Wahlkampfinstrument *Rapid Response* (schnelle Antwort) auch in der wahlkampffreien Zeit anwenden.

Bereits am 20. Oktober wird unser *Rapid-Response-Team* die Rede des SPD-Vorsitzenden Gerhard Schröder auf dem SPD-Bundesparteitag in Berlin kritisch begleiten und zentrale Aussagen seiner Rede mit Fakten widerlegen.



Die CDU hat zu diesem Zweck die Internet-Domain **www.wahlfakten.de** beibehalten. Bereits während der Rede von Gerhard Schröder finden Sie dort die wichtigsten Widerlegungsfakten, gegliedert nach den Originalzitatzen der Rede, veröffentlicht.

Rapid Response wird in den Wahlkämpfen angelsächsischer Länder, vor allem in den USA, eingesetzt und bezeichnet die sofortige Reaktion auf wahlkampfrelevante Äußerungen des politischen Geg-

ners. Die CDU hat als erste deutsche Partei dieses Prinzip im Wahlkampf angewandt. Seit dem ersten *Rapid Response*-Einsatz hat über eine halbe Million Besucher die Informationen abgerufen. *Rapid Response* ist damit eines der erfolgreichsten modernen Aufklärungsinstrumente der Union.

<http://www.wahlfakten.de> - als Doku in UiD 34/2002

ANGELA MERKEL:

Rot-grünes **Rezept**: Steuererhöhungen und Schuldenmachen

Bereits am Tag der Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung werde deutlich, dass die Regierungsarbeit von Rot-Grün künftig auf den beiden Säulen „Steuererhöhungen und Schuldenzuwachs“ ruhen werde.

Die Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ihrem Stellvertreter in der

Fraktion und CSU-Landesgruppenchef, Michael Glos, am 16. Oktober in Berlin: ■ Das Nachhaltigkeitsprinzip werde unter Rot-Grün ad absurdum geführt. ■ Zudem wirke sich die Koalitionsvereinbarung verheerend auf Wachstum und Beschäftigung aus.

Dabei sei es geradezu abenteuerlich, mit welchen sprachlichen Verbiegungen Rot-Grün dies zu kaschieren versuche (*Kommentar*).

Angela Merkel: „Familien und Leistungsträger sind die Verlierer der Koalitionsvereinbarung.“ Denn sie würden nicht nur bei der Ökosteuern, sondern auch auf Grund der Streichung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf viele Produkte zur Kasse gebeten.

Die rot-grüne Koalition habe nicht nur in ihrem Programm, sondern auch in der Auswahl ihres Personals Rückständigkeit bewiesen.

ANGELA MERKEL:

Fatales Signal an die Leistungsträger in der Gesellschaft

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zeigen das ganze Ausmaß des Wahlbetrugs der rot-grünen Regierung.

Hatte Kanzler Schröder im Wahlkampf noch Steuererhöhungen jedweder Art ausgeschlossen, so bedient sich Rot-Grün mit Steuer- und Beitragserhöhungen nun kräftig bei Bürgern und Unternehmen. Dies ist ein fatales Signal an alle Leistungsträger dieser Gesellschaft. Statt mehr Freiräume für Kreativität und Leistungsbereitschaft zu schaffen, belastet der rot-grüne Staat Arbeit und Leistung. Die Bundesregierung versäumt es wider besseres Wissen,

die richtigen Weichenstellungen für mehr Wachstum und Beschäftigung vorzunehmen.

Um nur drei Beispiele zu nennen: ■ Die geplanten Maßnahmen bei der Eigenheimzulage werden zur Konjunkturbremse. ■ Die Veränderungen bei der Ökosteuern schwächen den Standort Deutschland noch zusätzlich. ■ Der von Rot-Grün erzwungene Anstieg bei den Lohnnebenkosten wird weitere Arbeitsplätze kosten.

Die Vorhaben der rot-grünen Regierung verschärfen die Probleme in Deutschland, statt sie zu lösen.

unterstrich Angela Merkel weiter. So habe der wichtigste Minister im Kabinett, Wolfgang Clement, als Regierungschef in Nordrhein-Westfalen gezeigt, wie man es nicht machen soll. Dort habe er das geringste Wirtschaftswachstum unter den Bundesländern zu verantworten.

Die Berufung Manfred Stolpes zum Minister für Infrastruktur und Aufbau Ost sei „besonders bemerkenswert“. Nachdem der Leipziger Oberbürgermeister Tiefensee Schröder einen Korb gegeben habe, sei Stolpe „ganz offensichtlich zweite Wahl“. Der Bundeskanzler stehe nicht einmal in seiner ei-

ROT-GRÜNE SPRACHVERDREHER: *Der Bürger sollte ihnen genau aufs Maul schauen. Festzuhalten ist vor allem die neue Bedeutung, die die Regierung dem Begriff „Sparen“ gibt: Steuer- und Beitragserhöhungen auf breiter Front. Nur merken soll es möglichst niemand. Daher werden z. B. die Tarife der Ökosteuer „wirtschaftsverträglich nachgearbeitet“ und die Gebäudeabschreibungen der Unternehmen „verlängert“. Die Begrenzung der Verlustrechnung, die die Gewinne der Konzerne mit einer Mindestbesteuerung belasten soll, wird als Abbau angeblich „ungerechtfertigter Steuerprivilegien und -subventionen“ verkauft.*

Frankfurter Allgemeine Zeitung

genen Partei für einen glaubwürdigen Aufbau Ost. Michael Glos nannte die Vereinbarung ein „Programm für den Abschwung“.

Verlierer sei der Wirtschaftsstandort Deutschland. Zudem sei die Regierung „mit Köpfen besetzt, die zum Teil ihre Zukunft weit hinter sich haben“.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Rot-Grün betreibt die Politik des **Wortbruchs** weiter

Kreativ ist die rot-grüne Koalition nur, wenn es darum geht, den Bürgern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Nach wie vor fehlt der Regierung Schröder der Mut zu durchgreifenden Reformen für mehr Wachstum und Beschäftigung. Ideenlos und ohne Konzept wurstelt Rot-Grün vor sich hin und streitet sich über Kompetenzen.

Rot-Grün knüpft an ihre bisherige Politik des Wortbruchs an. „Steuererhöhungen sind in der jetzigen konjunkturellen Situation ökonomisch unsinnig“, tönte der Kanzler noch vor der Wahl. Jetzt wird der ökonomi-

sche Unsinn zum Prinzip erhoben. Eine Steuererhöhungsdebatte jagt die nächste.

Die Regierung Schröder verschließt vor der wirtschaftlichen Realität die Augen. Jeder Tag der Koalitionsverhandlungen hat zur weiteren schlechten Stimmung in der Wirtschaft beigetragen. Eine Konzeption für die notwendigen Reformen auf dem Arbeitsmarkt und zur Sicherung der Sozialversicherungssysteme ist im Ansatz nicht erkennbar. Stattdessen versucht die Regierung mit einer Neiddebatte über die katastrophalen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen hinwegzutäuschen.

Drei Versprechen: alle gebrochen – und den Wählern ins Gesicht **gelogen**

Blauer Brief aus Brüssel, Steuererhöhungen und zusätzliche Neuverschuldung machen deutlich: die Bundesregierung hat in einer breit angelegten haushaltspolitischen Vertuschungsaktion die Bürger unseres Landes betrogen.

Hans Eichel hat wider besseres Wissen im Parlament und vor der Öffentlichkeit die Unwahrheit über die tatsächliche Lage des Bundeshaushaltes und über künftige finanzpolitische Initiativen gesagt. Vor der Wahl erklärte Eichel una-blässig, mit ihm gebe es keine weitere Neuverschuldung, man werde die Euro-Stabilitätskriterien einhalten und Steuererhöhungen seien mit ihm nicht zu machen. Drei Versprechen, alle gebrochen – den Wählern ins Gesicht gelogen.

Das ist dreifacher Vertrauensbruch gegenüber den Bürgern unseres Landes. Hans Eichel trägt hierfür als Person die politische und moralische Verantwortung. Ein Finanzminister mit so unseriösem Verhalten ist für unser Land untragbar. Gerade von einem Finanzmi-



nister muss ein besonderes Maß an Seriosität verlangt werden, da die Auswirkungen sonst unübersehbar sind.

Ich fordere Hans Eichel auf, das Amt des Bundesfinanzministers gar nicht erst anzutreten.

DIETRICH AUSTERMANN:

Schlimmer **Wahlbetrug**

Wenige Stunden nach Unterzeichnung der Koalitionsvereinbarung hat Bundesfinanzminister Hans Eichel eingestanden: Die Bundesrepublik ist nicht in der Lage die Maastricht-Kriterien einzuhalten.

Es ist nicht davon auszugehen, dass Eichel diese Erkenntnis erst angesichts der Steuereinnahmen im September gekommen ist. Seit über einem Jahr liefert das Finanzministerium falsche Prognosen und tut Warnungen der Union als unseriös ab. Jetzt muss festgestellt werden, dass ■ ein Nachtragshaushalt zur Erhöhung der Krediter-

mächtigung fällig ist, ■ die Verschuldung mehr als doppelt so hoch ist wie vor vier Jahren, ■ Strafzahlungen fällig werden, die bisher in der Koalitionsvereinbarung nicht berücksichtigt waren und ■ dass die Basis des Koalitionsvertrages mit den zugrunde gelegten Eckdaten des Finanzplanes nicht mehr existieren.

Der rot-grüne Koalitionsvertrag mit der unterstellten Wachstumserwartung, den angenommenen Steuereinnahmen und familienpolitischen Versprechungen ist schon am Tag der Unterzeichnung Makulatur!

MATTHIAS WISSMANN:

Rot-grüner **Fehlstart** bei Wirtschaft und Finanzen

Die Ergebnisse der rot-grünen Koalitionsverhandlungen belegen, dass die Schröder-Regierung auch bei ihrer zweiten Legislaturperiode vor einem Fehlstart steht.

Die rot-grüne Bundesregierung wirft die Maastricht-Kriterien einfach über Bord, weil Schulden machen opportuner scheint, als durch Beschäftigungsanreize die Grundlagen für mehr Wachstum zu legen. Damit wird deutlich, dass Rot-Grün den Gedanken der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aufgibt und auf eine massive Verstärkung der Verschuldungspolitik setzt.

Die europäischen Nachbarn wissen nun, dass sich Deutschland nicht mehr gegen das Überschreiten der 3-Prozent-Defizitgrenze wehren wird. In Wahrheit werden Konsolidierung und Sparpläne auf eine vage Zukunft verschoben. Für die Stabilität unserer Währung ist es ein falsches Signal, wenn das wirtschaftlich bedeutendste Land Europas einen derart dramatischen Kurswechsel vornimmt – neue Schulden schaden dem Euro.



Anstatt die Bürger kräftig zu entlasten und für Unternehmer Investitionsanreize zu schaffen, rollt jetzt eine breite Abgaben- und Steuerwelle über das Land. Es ist eine Binsenweisheit, dass gerade mittelständische Unternehmer bei Personaleinstellungen zurückhaltend reagieren, wenn die Kostenbelastung weiter steigt.

Der private Konsum ist im ersten Halbjahr 2002 um 1,1 Prozent zurückgegangen. Neue Kaufimpulse sind nicht zu erwarten, wenn die Rentenbeiträge trotz Öko-Steuer weiter steigen, Benzin und Gas teurer werden und die derzeit ohnehin schmalen Aktiengewinne stärker verteuert werden.

Notwendig ist statt dessen eine kreative Sparpolitik, die an den konsumtiven Ausgaben und den Subventionen ansetzt, verbunden mit einer glaubwürdigen marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik, die auf eine durchgreifende Deregulierung und Privatisierung ausgerichtet ist.

Aus. Vorbei. Zerstorben ist die Hoffnung, dass die Schröder-Regierung aus ihrem nur denkbar knappen Sieg bei der Bundestagswahl gelernt hätte. Die Opposition brauchen wir nicht, hieß es da, die Reformen machen wir selber. Kraftvoll wollte Rot-Grün die zweite Regierungszeit beginnen. Endlich die großen Probleme des Landes anpacken, wofür die erste Runde – man kann ja nicht alles auf einmal machen – nicht gereicht hatte. Nun ist das Arbeitsprogramm für vier Jahre fertig, und es ist so kleinteilig wie einfalllos. Höhere Steuern, steigende Sozialabgaben, mehr Schulden: Diese Rezeptur ist bekannt, und sie stimmt depressiv.

Süddeutsche Zeitung

Flucht in höhere Steuern, höhere Sozialbeiträge und höhere Schulden

Nach der knapp gewonnenen Bundestagswahl lässt Rot-Grün die Maske fallen. Die gefällige Rhetorik der ersten vier Jahre, die den Bürgern Steuer- und Beitragssenkungen verhieß und den Betrieben geringere Lohnnebenkosten versprach, ist verhallt. Jetzt wird abkassiert.

Die schönfärberische Wortwahl, die vom Abbau von Subventionen und Steuerergünstigungen spricht, kann nicht verbergen, dass Steuern und Abgaben auf breiter Front steigen und der Schuldenabbau trotzdem auf die lange Bank geschoben wird. Das Schlimmste aber ist: Die jetzt bekannt gewor-



den Abgabenerhöhungen werden aller Voraussicht nach nur ein Anfang sein. Die Mehreinnahmen, mit denen die Koalitionäre den Bundeshaushalt ausgleichen sollen, stehen zum großen Teil nur auf dem Papier. Bei der gegenwärtigen Lage auf dem Aktien- und Immobilienmarkt wird die Streichung der Spekulationsfrist bei privaten Veräußerungsgeschäften keine nennenswerten Mehreinnahmen bringen und im Übrigen den Finanzplatz Deutschland gefährden. Die „Nacharbeitung“ der Ökosteuerermäßigung für energieintensive Produktionsverfahren wird zur Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland führen. Und der Kahlschlag bei der Eigenheimzulage droht die Bauwirtschaft endgültig zu ruinieren.

Wenn die Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen am 2. Februar 2003 gelaufen sein werden, wird es richtig zur Sache gehen. Dann werden nicht nur die Einschränkung des Ehegatten-Splittings und die radikale Kürzung des Sparerfreibetrags wieder auf der Tagesordnung stehen, sondern auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Und niemand wird noch darauf wetten wollen, dass die für die Jahre 2004 und 2005 versprochenen Steuersenkungen wirklich in Kraft treten werden.

Lästige Fesseln abgestreift

Trotz massiver Steuer- und Abgabenerhöhungen geht es mit dem Schuldenabbau nicht voran. Rot-Grün nimmt faktisch Abschied vom Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushalts. Die lästigen Fesseln des Europäischen Stabilitätspakts werden abgestreift.

Offensichtlich will Rot-Grün vorführen, wie man eine Volkswirtschaft ruinieren kann.

Geldflucht

„Eine Katastrophe“ nannte Hauptgeschäftsführer Hocker der Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz die Koalitionsvereinbarungen: Steuererhebung auf Kursgewinne und Kontrollmitteilungen der Banken werden zu einem „Exitus des Geldes“ führen.

PETER GÖTZ:

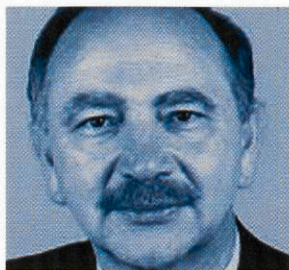
Katastrophale Folgen für Städte, Gemeinden und Landkreise

Die rot-grüne Koalitionsvereinbarung ist ein unverantwortliches Flickwerk ohne Vision. Damit kommen auch die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht aus der Krise. Ein schlüssiges Konzept fehlt. Schwieriges wird ausgeklammert.

Längst ist bekannt: Es muss ein Ruck durch Deutschland gehen. Wir brauchen verschiedene Reformen für mehr Arbeit und Wirtschaftswachstum. Die sozialen Sicherungssysteme müssen zukunftsfähig gemacht, die Kommunalfinanzen in Ordnung gebracht werden.

Das Gegenteil von dem, was vor der Wahl versprochen wurde

Schröder und seine grünen Helfer packen die Kernprobleme nicht an. Genau das Gegenteil von dem, was vor der Wahl versprochen wurde, geschieht. Die Lohnnebenkosten steigen weiter: Gift für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Die Steuern steigen für Unter-



nehmen und Arbeitnehmer: mehr Pleiten, weniger Netto im Portemonnaie, weniger Konsum, wieder mehr Pleiten und Arbeitslose – ein Teufelskreis.

Kommunen müssen 80% der öffentlichen Investitionen finanzieren und be-

kommen von Rot-Grün immer mehr soziale Aufgaben und die Kosten dafür vor die Füße gekippt. Das Geld dafür ist nicht da. Viele Städte und Gemeinden sind pleite. Schwimmbäder müssen geschlossen, Kreisumlagen erhöht werden. Dringend notwendige kommunale Investitionen bleiben aus. Perspektiven für die Kommunen sind nicht erkennbar. Das ist nicht gut für die Menschen in den Städten und Gemeinden. Sie erwarten eine Zukunftsperspektive, damit es wieder aufwärts geht.

Rot-Grün will mit tragischer Zielgenauigkeit den Leuten das Geld wegnehmen, das die Konjunktur ankurbeln könnte. Besonders hart trifft es überdies die Leistungsträger, deren Motivation und Kraft zu Investitionen damit weiter geschwächt wird. So droht die Koalition die letzten Fünkchen Hoffnung auf einen Aufschwung und neue Arbeitsplätze auszutreten.

Rheinische Post

Nicht nur die Form des Geständnisses (während einer Talkshow) ist unverschämt. Auch der Inhalt: Es ist Eichel einfach nicht zu glauben, dass er jetzt erst von der hohen Neuverschuldung erfuhr. Der Minister hätte sich anständiger verhalten, wenn er den Wählern schon vor dem 22. September die Wahrheit gesagt hätte. So grenzt sein Verhalten an Wahlbetrug.

Berliner Zeitung

KARL-JOSEF LAUMANN:

Die Trickserie geht weiter – rentenpolitischer **Offenbarungseid**

Vor der Wahl hat die SPD vollmundig erklärt, sie wolle den Rentenbeitrag stabil halten. Die Warnungen der Experten, wonach der Rentenbeitrag im Jahr 2003 auf mindestens 19,5% ansteigen wird, hat die Bundesregierung Ende August 2002 noch als „unverantwortliches Gerede“ abgetan.

Jetzt kurz nach der Wahl rudert die Regierung Schritt für Schritt zurück. Zunächst hat sie zugeben müssen, dass der Rentenbeitrag nächstes Jahr angehoben werden muss. Um diesen Anstieg zu



verhindern, hat sie seitdem die unterschiedlichsten Vorschläge gemacht: Von einer Absenkung der Schwankungsreserve von derzeit 0,8 Monatsausgaben auf bis zu 0,5 Monatsausgaben war die Rede. Die Finanzlücken der Rentenversicherung sollten mit einem Teil des Bundesbankgewinns ausgeglichen werden. Die Ausnahmetatbestände bei der Ökosteuer sollten auf den Prüfstand.

Nach den neuesten Meldungen reichen diese Schritte aber offenbar nicht aus, weil im Jahr 2003 ein Anstieg des Rentenbeitrages auf 19,8% droht. Deshalb rudert die Bundesregierung weiter zurück und will den Anstieg des Rentenbeitrages im Jahr 2003 nunmehr auf 19,3% begrenzen. Die Differenz zwischen dem eigentlich erforderlichen Beitrag von 19,8%

und 19,3% will sie durch eine deutlich stärkere Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie durch eine Senkung der Schwankungsreserve auf 0,6 Monatsausgaben ausgleichen.

Rot-Grün leistet sich damit einen einzigartigen rentenpolitischen Offenbarungseid. Im Jahr 2001 zunächst eine Rentenreform, mit der stabile Beiträge bis zum Jahr 2030 versprochen wurden. Dann im Jahr 2002 ein getrickster Rentenbeitrag, der nur durch eine Absenkung der Schwankungsreserve stabil gehalten werden konnte.

Im nächsten Jahr wird erneut getrickt

Und nun wird im Jahr 2003 erneut getrickt und trotzdem kann ein Anstieg des Rentenbeitrages nicht verhindert werden. Mit einer solchen unsoliden Rentenpolitik führt die Bundesregierung die gesetzliche Rentenversicherung als tragende Säule der Alterssicherung in Deutschland in eine tiefe Vertrauenskrise.

Es braucht eine Allianz der Reformwilligen, die mit Pfannendeckeln, Kochtöpfen und Trillerpfeifen auf die Straßen gehen, um mit Montagsmärschen und Lichterketten die Öffentlichkeit zu überzeugen, dass eine Zukunft ohne Reformen keine Zukunft hat!“

Thomas Straubhaar,
Leiter des Hamburger
Weltwirtschaftsarchivs
im Handelsblatt

GERALD WEISS:

Familie mit zwei Kindern **verliert** 13.472 Euro Eigenheimzulage

Arbeitnehmer und Familien sind die Leidtragenden rot-grüner Politik. Die Krankenkassen- und Rentenbeiträge werden zum 1. Januar steigen, die Lohnsteuersenkung ist ausgesetzt, und durch die nächste Stufe der Ökosteuer steigt der Spritpreis. Auch Erdgas wird teurer.

Besonders hart trifft es Häuslebauer – und das heißt: in erster Linie Familien. Es ist ein Etikettenschwindel, das Zusammenstreichen der Eigenheimförderung als „familiengerechte Ausgestaltung“ zu bezeichnen. Denn die Abschaffung der Grundzulage wird für eine Durchschnittsfamilie auch nicht ansatzweise durch die Erhöhung des Baukindergeldes ausgeglichen – vor allem nicht für diejenigen, die neu bauen.

Schon wenige Rechenbeispiele zeigen, wie sehr die Familien unter dem rot-grünen Streichkonzert bei der Wohneigentumsförderung zu leiden haben: Eine Familie mit zwei Kindern, die ein Haus (Altbau) kauft, erhält bisher acht Jahre lang jeweils 2806 Euro. In Zu-



kunft sollen es nur noch 2400 Euro sein, also 406 Euro weniger. Gerade für diejenigen, die mit jedem Cent rechnen müssen, um sich überhaupt den Traum vom eigenen Haus leisten zu können, ist das viel Geld. Für den gesamten Förderzeitraum von acht Jahren bedeutet das ein Minus von 3248 Euro.

Knüppeldick kommt es für die, die neu bauen. Während ein Häuslebauer-

Ehepaar mit zwei Kindern bisher acht Jahre lang 4.084 Euro im Jahr erhält, sollen es in Zukunft nur noch 2400 Euro sein – minus 1.684 Euro pro Jahr. Für den gesamten Förderzeitraum von acht Jahren heißt das: Rot-Grün nimmt dieser Familie 13.472 Euro weg! Das ist kein abwegiges, konstruiertes Beispiel, sondern ein typischer Fall. Viele Familien werden sich den Traum von den eigenen vier Wänden nicht mehr leisten können, wenn diese rot-grünen Pläne Wirklichkeit werden.

Wenn SPD und Bündnisgrüne ihre Politik dennoch als familienfreundlich und damit zugleich die Wähler für dumm verkaufen, zeigt das, wie sehr sie sich von der Wirklichkeit entfernt haben.

Steuerpläne führen zu **Kapitalflucht**

Der Chefvolkswirtschaft der Deutschen Bank, Norbert Walter, zeichnet mit den Steuerplänen der rot-grünen Koalition ein düsteres Zukunftsbild für Deutschland. Die Kombination aus voller Besteuerung, geringfügigen Freibeträgen und erdrückend hoher Steuerbelastung werde dazu führen, dass sich viele Steuerzahler „mit Grausen von Deutschland abwenden werden“, sagte Walter der *Berliner Zeitung*.

MARIA BÖHMER:

Keine Entlastung der Familien – die Familien zahlen wieder drauf

Die angeblich familienfreundliche Politik der Koalition beruht auf einer Milchmädchenrechnung. Statt Familien zu entlasten, zahlen Familien wieder drauf.

■ BEISPIEL Eigenheimzulage:

Der Bauherrengrundbetrag von 2556 Euro für Neubauten und 1278 Euro für Altbauten wird gestrichen. Das trifft vor allem junge Familien oder Ehepaare in der Familiengründungsphase hart. Die Erhöhung des Baukindergeldes von derzeit 764 Euro auf 1.200 Euro ist kein Ausgleich. Fakt ist: Eine Familie mit zwei Kindern erhält beim Altbau 3.248 Euro und beim Neubau 13.472 Euro weniger Zulage bei der Schaffung der eigenen vier Wände. Noch dramatischer sieht die Situation bei Familien mit nur einem Kind oder gar bei jungen Paaren in der Nestbauphase aus, die nämlich überhaupt keine Zulage mehr erhalten. Auch die Absenkung der Einkommensgrenze betrifft Familien.



■ BEISPIEL Ökosteuer:

Die Einführung der nächsten Stufe der Ökosteuer ist beschlossene Sache. Seit Jahren belastet diese Steuer insbesondere Familien, die ihre Fahrten mit der Familie nicht als Fahrtkosten von der Steuer absetzen können. Auch bei den Heizkosten sind Familien die Verlierer, da sie einen größeren Wohnraumbedarf haben und damit höhere Heizkosten tragen müssen.

■ BEISPIEL Anpassung Mehrwertsteuersätze:

Auch hier werden Familien in besonderem Maße getroffen. Medizinische Leistungen, aber auch andere Waren und Dienstlei-

stungen stehen auf dem Prüfstand. Mehrpersonenhaushalte werden auch hier wieder mehrfach belastet.

■ BEISPIEL Kinderbetreuung:

Der gern betonte Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztags-schulangeboten ist ebenfalls nur Augenwischerei. Mehr Plätze sollen bereitgestellt werden. Aber wie hoch sollen die Beiträge für die Eltern angesetzt werden? An welchen Qualitätsstandards orientiert sich der Ausbau? Das alles bleibt offen. Die derzeitige Diskussion um Beitragserhöhungen in einigen rot-regierten Bundesländern wie beispielsweise Berlin zeigen aber, dass auch hier eine starke Belastung auf die Familien zukommen kann. Darüber hinaus bleibt fraglich, ob ein Ausbau auf 20 Prozent den Bedarf an Betreuungsplätzen ausreichend deckt.

<http://>

Weitere Erklärungen
von Maria Böhmer:
www.cducsu.de

ERWIN MARSCHEWSKI:

Innere Sicherheit und Zuwanderungs- begrenzung **keine Anliegen** von Rot-Grün

Zur Koalitionsvereinbarung im Bereich Inneres erklärte als innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

In der Innenpolitik ist nicht interessant, worauf sich SPD und Grüne geeinigt haben, sondern worüber sie kein Wort verlieren.

INNERE SICHERHEIT

Die Terrorismusbekämpfung ist für Grüne und SPD kein vordringliches Anliegen. Dabei zeigen die Anschläge auf Bali erneut unsere Gefährdung durch internationalen Terrorismus!

Keine Aufnahme biometrischer Daten in Ausweispapiere: Bei der Aufnahme biometrischer Daten setzte sich Innenminister Schily nicht durch. Es bleibt die Sicherheitslücke.

Keine Ausweisung und Abschiebung von Terrorismusverdächtigen: Nach wie vor können Terrorismusverdächtige einreisen, sich hier aufhalten, und sie können nicht einmal ausgewiesen, geschweige denn abgeschoben werden, wenn sie des Terrorismus verdächtig sind.



Nach 2 Jahren schon wieder Schluß mit Terror-Paket II? Warum wird die Notwendigkeit der ohnehin unzureichenden Anti-Terror-Maßnahmen bei der offenkundigen Bedrohung überhaupt in Frage gestellt? Die Union wird im Rahmen der angekündigten „Evaluierung des Terror-Pakets II nach 2 Jahren“ die bislang von Rot-Grün abgelehnten notwendigen Verschärfungen durchsetzen.

Schwächung der Dienste: Mit der Reform von „Aufgaben, Struktur, Effektivität, Befugnissen und Kontrolle der Geheimdienste“ ist eine Schwächung der Dienste beabsichtigt. Die Grünen setzten sich abermals durch.

ZUWANDERUNG

Nachdem mit dem Zuwanderungsgesetz der Grund-

stein zur Umwandlung des Gemeinwesens in eine multikulturelle Gesellschaft gelegt wurde, will Rot-Grün jetzt im Zuge der Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes die Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten weiter drastisch ausweiten. Ermessensspielräume sollen durch Anweisungen voll ausgeschöpft werden. Auf europäischer Ebene will die Koalition die offensive Zuwanderungspolitik der Kommission unterstützen. Rot-Grün verrät auch in Brüssel die deutschen Interessen nach Zuzugsbegrenzung und erzählt den deutschen Wählern das Gegenteil.

Das sind die Fakten zum „Jahrzehnt der Integration“: ■ Im Bundeshaushalt sind für Integration zweistellige Millionen-Euro-Beträge weniger eingestellt als unter der letzten Unions-Regierung. ■ Sprachkurse nur für Neu-Zuwanderer. Was ist mit existierenden Parallelgesellschaften? Solange die Bundesregierung nicht die Probleme im Lande in den Griff bekommt, brauchen wir keine weitere Zuwanderung. **UD**

KLAUS LIPPOLD UND PETER HARRY CARSTENSEN:

Landwirtschaftsfeindliche Politik der letzten Wahlperiode fortgesetzt

Zum Kapitel Landwirtschaft der rot-grünen Koalitionsvereinbarung erklärten der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der Vorsitzende des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft des Deutschen Bundestags:

Wie schon 1998 werden leistungs- und wettbewerbsfähige Betriebe als Ziel der Agrarpolitik hingestellt, obwohl man in den vergangenen 4 Jahren genau das Gegenteil bewirkt hat. Befasst man sich mit den Einzelheiten, so wird deutlich, dass sich dies ungebrochen fortsetzen wird.

Der verhängnisvolle Irrweg, die moderne nachhaltige Landwirtschaft und die ökologische Landwirtschaft gegeneinander auszuspielen, soll weiter beschritten werden. Das abstruse Ziel, den ökologischen Landbau in 10 Jahren auf 20 % hoch zu puschen, ist ein unrealistischer Eingriff in die Marktmechanismen und nicht finanzierbar. Selbst nach Berechnungen des Künast-Ministeriums wären hierfür bis 2010 665 Mio. € erforderlich. Durch diese Politik wer-

den unsere einheimischen Ökolandwirte insbesondere mit kleinen Betrieben in wirtschaftliche Schwierigkeiten kommen, weil ein höheres Angebot unweigerlich zu niedrigeren Preisen führt.

Die Aussagen zur nachhaltigen modernen Landwirtschaft entsprechen der bisherigen Vernebelungstaktik von Rot-Grün. Man strebt einheitliche hohe Standards in den Bereichen Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutz an und scheint bereits vergessen zu haben, dass man durch nationale Alleingänge die deutsche Landwirtschaft bewusst in wirtschaftliche Nachteile gebracht hat. Dass wir in einem europäischen Binnenmarkt leben, hat Rot-Grün immer noch nicht begriffen. Nach wie vor unterstellt Rot-Grün der modernen nachhaltigen Landwirtschaft, sie würde nicht umweltgerecht wirtschaften und keine qualitativ hochwertigen Nahrungsmittel produzieren.

Mit der Streichung der Umsatzsteuerpauschale nach § 24 Umsatzsteuergesetz wird den Betrieben weiter Kapital entzogen und zusätzliche Bürokratie aufgebürdet. Die Verschlechterung der Ab-



K. Lippold



P. H. Carstensen

schreibungsbedingungen wird den bereits vorhandenen Investitionsstau in der Landwirtschaft weiter anwachsen lassen.

Die Aussagen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zeigen, wie wenig Rot-Grün sich an Verträge hält und bewusst Frankreich als wichtigsten Partner brüskiert. Es war Bundeskanzler Schröder, unter dessen Ratspräsidentschaft im März 1999 die Agenda 2000-Beschlüsse mit einer Laufzeit bis 2006 verabschiedet wurden.

Als Ergebnis bleibt festzuhalten: Die SPD hat sich von der Agrarpolitik endgültig verabschiedet und diesen Bereich allein den Grünen überlassen. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft wird drastisch zunehmen mit der Folge, dass gerade im ländlichen Raum viele Arbeitsplätze verloren gehen. **UD**

ILSE AIGNER:

Irreparabler Schaden für das bürgerliche Engagement



Zu der geplanten Streichung des Spendenabzuges für alle mildtätigen, kirchlichen, religiösen und wissenschaftlichen Zwecke erklärte die Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“:

Finanzminister Eichel fügt dem bürgerschaftlichen Engagement bei Realisierung seiner aktuellen Streichliste einen irreparablen Schaden zu.

Geplant ist, den Spendenabzug für alle mildtätigen, kirchlichen, religiösen, wissenschaftlichen und als besonders förderungswürdig anerkannten gemeinnützigen Zwecke, also auch für alle gemeinnützigen Kulturförderzwecke, zu streichen. Das bedeutet, dass den gemeinnützigen Vereinen und Stiftungen in Zukunft die Möglichkeit des Einwerbens von Spenden massiv erschwert wird. Ganze Bereiche in Kultur, Wissenschaft und Kirche drohen zusammenzubrechen.

Die Bundesregierung bricht zum einen mit diesen

Plänen nach nur 24 Stunden die gegenteilige Absichtserklärung des eigenen Koalitionsvertrages. Zum anderen führt sie auch die Empfehlungen der Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ ad absurdum. Die Enquetekommission hat sich in ihrem Abschlussbericht mit den Stimmen von SPD und Grünen dafür eingesetzt, dass gerade auch die Möglichkeit, bürgerschaftliches Engagement durch Spenden auszuüben, erhalten bleiben soll. Nun soll sich alles dem Diktat eines technokratischen, unüberlegten Streichkonzeptes aus dem Finanzministerium beugen.

Noch hege ich aber die Hoffnung, dass dieser Passus gestrichen werden kann. Wenn alle Abgeordneten von SPD und Grünen, die

den Abschlussbericht mitgetragen und ihm zugestimmt haben, Rückrat beweisen und die Pläne konsequenterweise ablehnen, werden diese keine Mehrheit im Parlament finden.

Ob das bürgerschaftliche Engagement bei dieser Koalition überhaupt noch eine Rolle spielen wird, scheint mehr als fraglich. Nach dem mehrheitlichen Beschluss der Enquetekommission sollte in dieser Wahlperiode das bürgerschaftliche Engagement noch durch eine eigene Bundestagskommission gefördert werden sollte. Im Koalitionsvertrag findet sich davon kein Wort mehr.

Nun kommt es also so, wie es wohl kommen musste: Die alten und neuen Machthaber in Berlin erweisen sich schon vom ersten Moment an als unwillig oder sogar unfähig, dem Land die dringend benötigten psychologischen und ökonomischen Impulse zu geben.

Neue Zürcher Zeitung

Aktionsbündnis „Mittelstand macht mobil“ überreicht Forderungen

Mit 256.000 Unterschriften fordern mittelständische Unternehmen und Freiberufler eine Politik, die die Probleme des Mittelstands in Deutschland in der neuen Legislaturperiode aktiv aufgreift.

Die Verbandsspitzen von acht Verbänden aus Handwerk, Handel, Gastronomie, freien Berufen und mittelständisch ausgerichteter Kreditwirtschaft haben die Unterschriften am 17. Oktober vor dem Reichstagsgebäude in Berlin in 16 gefüllten Postsäcken an Vertreter der Politik übergeben.

Auftrag an die Politik

Die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, und der Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Gerhardt, haben die Unterschriften entgegengenommen – als „Auftrag an die Politik aller im Bundestag vertretenen Parteien“, wie Christoph Pleister, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken (BVR) betonte.

Für eine neue Mittelstandspolitik in Deutsch-

SCHARFE KRITIK AM ROT-GRÜNEN KOALITIONS-VERTRAG

land liefert der vorliegende Koalitionsvertrag kaum positive Signale, so die Verbände. Christoph Pleister: „Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen sind eindeutig zu zaghaft und weisen teilweise in die falsche Richtung.“

Zu hohe Staatsausgaben und ein Übermaß an Regulierungen seien die Kernursache für die chronische Wachstumsschwäche in Deutschland. Hauptaufgabe der neuen Bundesregierung müsse es deshalb sein, mehr Freiräume für Entlastungen bei Steuern, Abgaben und Regulierungen zu schaffen. Bisher habe sich die Koalition aber zu einseitig auf eine weitere Erhöhung der Lasten konzentriert.

Die Verbände fordern, die Personalzusatzkosten, unter denen besonders die mittelständischen Unternehmer und Freiberufler leiden, zu reduzieren. Die von der Koalition jetzt geplante Anhebung der Be-

messungsgrundlage für die gesetzliche Rentenversicherung bei gleichzeitiger Erhöhung des Beitragssatzes sei Gift für die Konjunktur und für den Arbeitsmarkt.

Nur eine Trendwende bei den Kosten für Arbeit werde die Jobmaschine Mittelstand wieder rund laufen lassen. Ulrich Oesingmann, Präsident des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB): „Das Hartz-Konzept allein reicht aber nicht aus, um durchgreifende Erfolge auf dem Arbeitsmarkt zu erzielen.“ Mehr Beschäftigung sei nur durch mehr Wachstum und durch eine Entfesselung des Arbeitsmarktes möglich.

DIETER PHILIPP

(ZDH): „Der rot-grüne Koalitionsvertrag belastet weiterhin sehr stark Bürger und Betriebe. Substantielle Vorhaben dagegen zu Gunsten der drei Millionen mittelständischer Unternehmen fehlen. Alles in allem: eine sehr sehr negative Wirkung auf die ohnehin schon schlechte Stimmung.“

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung: Durchbruch zum Neuanfang versäumt

Dem Koalitionsvertrag fehlt die zukunftsweisende Erneuerung, meint die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB). Bundesvorsitzender Hans Pappenheim: „Ein großer Wurf zur Modernisierung unserer Gesellschaft sieht anders aus.“

Gerade bei der wichtigen Reform der Sozialversicherungen bleibt die Regierung wichtige Antworten schuldig, beklagte der Vorsitzende des 250000 Mitglieder starken katholischen Sozialverbands. Pappenheim warnte davor, bei der geplanten Reform der Sozialversicherungen auf eine Entlastung des Bundeshaushaltes zu hoffen, wie es die rot-grünen Vereinbarungen ankündigen. „Die Sozialversicherungen sind eine gesamtgesellschaftliche Auf-

GEGEN DIE UMLEITUNG VON ARBEITSMARKT- MITTELN

gabe. Einen Rückzug des Staates aus diesem Bereich und eine Privatisierung der Lebensrisiken darf es nicht geben.“

Die KAB fordert den Aufbau einer solidarische Alterssicherung, die neben einem umlagefinanzierten Leistungsanteil und einer betrieblichen beziehungsweise privaten Altersvorsorge auch eine allgemeine Grundsicherung in der Rente vorsieht, die über Beiträge von allen steuerpflichtigen Einkünften finanziert wird.

Die Verrechnung von Ersparnissen aus der Umsetzung der Beschlüsse der

Hartz-Kommission und aus dem Aufbau von Kinderbetreuungskapazitäten lehnt die KAB ab. Pappenheim: „Dies kann nur zu Lasten einer innovativen regionalen Arbeitsmarktpolitik gehen. Wir setzen uns dafür ein, dass die eingesparten Mittel zum weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden.“

Pappenheim bedauerte, dass die Wahlkampforderung von Bündnis 90/Die Grünen nach einer Kindergrundsicherung sowie der stetige Ausbau der Transferleistungen für Familien in den Koalitionsvereinbarungen keine Rolle spielen.

„In einer Zeit, wo über eine Million Kinder von Sozialhilfe leben und Kinder immer noch das Armutsrisiko Nummer Eins sind, geht der einseitige Ausbau der Kinderbetreuung an der sozialpolitischen Wirklichkeit in Deutschland vorbei“, mahnte Pappenheim. Er forderte eine Anhebung des Kindergeldes auf einheitlich 300 Euro sowie eine Weiterentwicklung des Erziehungsgeldes. „Die Gerechtigkeitsfrage bleibt auch in der Familienpolitik auf der Tagesordnung.“

DIE KRITIK DER WIRTSCHAFT am Koalitionsvertrag reißt nicht ab. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat die rot-grünen Vereinbarungen einen „Schlag ins Gesicht der Wirtschaft“ genannt. Hauptfehler: „offensichtlich nicht gewillt, grundlegende Reformen in Angriff zu nehmen“. Dies gelte für Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht und Sozialversicherungssysteme. Stattdessen würden Beschäftigte und Unternehmen durch mehr Steuern und Beitragserhöhungen in den Sozialversicherungssystemen belastet.

Die Union stellt wieder den Vorsitz in **wichtigen** Bundestagsausschüssen

Zur Vereinbarung über die Verteilung der Ausschüsse in der 15. Wahlperiode erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Entscheidung über die Verteilung der Vorsitze in den Bundestagsausschüssen der 15. Wahlperiode ist gefallen. Demnach stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Vorsitz in insgesamt acht Bundestagsausschüssen. Dabei handelt es sich um den ■ Auswärtigen Ausschuss,



Volker Kauder: Die rot-grüne Koalition muss sich warm anziehen. Wir werden ihr nichts durchgehen lassen, was den Bürgern nicht zuzumuten ist.

den ■ Sportausschuss, den ■ Rechtsausschuss, den ■ Haushaltsausschuss, den ■ Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Aufbau Ost, den ■ Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den ■ Ausschuss für Tourismus sowie den ■ Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Die Unionsfraktion stellt wiederum den Vorsitz in wichtigen Ausschüssen und hat somit ein gutes Los gezogen.

WOLFGANG BÖHMER ist neuer Bundesratspräsident. Die Länderkammer hat am 18. Oktober den Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt einstimmig zum Nachfolger von Berlins Regierenden Bürgermeister Wowereit gewählt. Vizepräsidenten neben Wowereit: der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust und Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Harald Ringstorff.

NORBERT LAMMERT, Vorsitzender der NRW-Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ist in der konstituierenden Sitzung des 15. Bundestags zum stellvertretenden Bundestagspräsidenten gewählt worden. Er erhielt in geheimer Wahl 498 von 591 abgegebenen Stimmen.

„**KEIN GUTER START**“ war es nach den Worten von Angela Merkel, dass die rot-grüne Mehrheit des Bundestags der Union keinen zweiten Platz im Bundestagspräsidium hat zugestehen wollen. „Es wäre ein kleiner Akt“ gewesen, die Opposition mit der Bereitschaft dazu ernst zu nehmen.

GÜNTER KRINGS (NRW) ist neuer Sprecher der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Er folgt in dieser Funktion Ursula Heinen. Zu stellvertretenden Sprechern wurden Georg Fahrenschon (Bayern), Julia Klöckner (Rheinland-Pfalz) und Marco Wanderwitz (Sachsen) gewählt. Mit 26 Mitgliedern ist die neue Junge Gruppe deutlich größer als bisher.

ANGELA MERKEL:

Wachsamkeit gegenüber Terror und Gewalt damals wie auch in Zukunft

Heute vor 25 Jahren wurde der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer, Opfer einer feigen Bluttat. Noch immer löst der kaltblütige Mord Entsetzen und Unverständnis aus. Es bleibt unbegreiflich, warum sich in jenen Tagen verblendete Terroristen über Moral und Menschlichkeit hinwegsetzten.

Deutschland verlor einen Mann, der in herausragender Position unermüdlich mit großem Mut für die wirtschaftliche Stabilität und den sozialen Frieden unseres Landes arbeitete. Die CDU Deutschlands gedenkt eines Mitglieds, das sich unserer Idee immer verpflichtet fühlte. Seine Entführung und sein Tod bilden einen tiefen Einschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Hanns Martin Schleyer war der Öffentlichkeit als konsequenter Vertreter einer freien Wirtschaftsordnung bekannt, deren Früchte allen zugute kommen sollten. Ein freies Unternehmertum betrachtete er als einen unab-



Foto: dpa

dingbaren Bestandteil dieser Wirtschaftsordnung. Für diese Überzeugung hat er Zeit seines Lebens gestritten.

Jedoch war er nicht der Repräsentant eines rohen und verantwortungslosen Kapitalismus. Vielmehr verstand er die wirtschaftliche Verantwortung des Unternehmers immer zugleich auch als politische und soziale Verantwortung.

Ein glaubwürdiger und verlässlicher Gesprächspartner

Hanns Martin Schleyer war ein warmherziger Mensch, der geradlinig seine Auffassungen vertrat. Er handelte fair und konsensorientiert. Nicht zuletzt diese Eigenschaften machten ihn für die Gewerkschaften zu ei-

nem glaubwürdigen und verlässlichen Gesprächspartner.

Der Ablehnung von Gewalt und Terror als Mittel der Politik galt der Aufschrei der deutschen Öffentlichkeit im Herbst 1977. Noch immer ist der Terrorismus so gefährlich und menschenverachtend wie damals. Zu den alten Herausforderungen sind neue Herausforderungen seiner Bekämpfung getreten, um den veränderten, noch brutaleren Formen, in denen er sich zeigt, wirksam zu begegnen. Dies haben die schrecklichen Anschläge auf die Türme des *World Trade Center* in den Vereinigten Staaten von Amerika und auf das Leben vieler Tausender ihrer Bürger am 11. September 2001 ebenso deutlich gemacht wie der jüngste grausame Anschlag auf der indonesischen Insel Bali.

Wachsamkeit gegenüber jeder Form von Intoleranz, Extremismus und Gewalt ist künftig ebenso notwendig wie ein entschlossener Anti-Terror-Kampf. Dass im Jahre 1977 der Rechtsstaat über den Terrorismus obsiegte, ist uns Verpflichtung für die Zukunft.

UID



KOALITION

Leere Versprechungen und leere Kassen

Mag sich Gerhard Schröder noch so selbstgefällig vor seinem Wahlvolk drehen und wenden – die Bürger sehen, dass dieser Kanzler von seinem eigenen Programm bloß gestellt worden ist. Statt mehr Freiräume für Kreativität und Leistungsbereitschaft zu schaffen, greift die rot-grüne Bundesregierung den Bürgern und Unternehmen ungeniert tief in die Tasche und belastet damit Arbeit und Leistung. So also sieht Deutschland am Ende der Koalitionsgespräche aus: eine Republik der leeren Versprechungen und der leeren Kassen.

Stuttgarter Nachrichten

Alles Schall und Rauch

Was hat die Welt der Wirtschaft im vergangenen Monat so tief greifend verändert? Noch vor vier Wochen wurde den Wählern von den

Regierungsparteien in der Haushaltsdebatte des Bundestags vorgerechnet: alles sei auf gutem Weg. Alles Schall und Rauch! Jetzt muss die wieder gewählte Regierung ein milliardenschweres Sparpaket schnüren.

Hannoversche Allgemeine

Über die Maßen geschröpft

Jenseits des Eindrucks, der vor der Wahl vermittelt worden ist, hat sich die zweite rot-grüne Koalition nun doch entschlossen, die Belastungsschraube für Bürger und Betriebe weiter anzuziehen. Ihre Beschlüsse – in zähen Verhandlungsrunden auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht – lassen beim Betrachter zwiespältige Gefühle oder gar Bestürzung zurück. Gewiss, der allgemeine Sparzwang lässt sich nicht ernsthaft bestreiten, doch tragen die Maßnahmen abermals dazu bei, den Steuerzahler in seinem Empfinden zu bestärken, er werde von Vater Staat über die Maßen geschröpft.

Lausitzer Rundschau

Wider bessere Einsicht

Irritierend bleibt, dass kein echtes Gesamtkonzept zur Sanierung des Standortes Deutschland erkennbar ist und die neue Regierung schon im Kleinen wider bessere Einsicht handelt. Wie oft ist von der Notwendigkeit der Senkung der Lohnnebenkosten die Rede gewesen. Nun wird die Beitragsbemessungsgrenze für die gesetzliche Rentenversicherung angehoben, und die Rentenbeiträge steigen generell.

Neue Presse, Hannover

Ernüchterung

Ein Kabinett voller „Superminister“ garantiert leider noch keine Super-Politik. Wenn jetzt schon das Wort vom Fehlstart die Runde macht, dann aber weniger wegen der Personalien, sondern auf Grund der ersten Sachentscheidungen. Ernüchterung macht sich breit. Die Koalition verzettelt sich in finanziellen Notoperationen, um allerorten Etatlö-

cher zu stopfen, über die man im Wahlkampf lieber geschwiegen hat.

Bayerische Rundschau

Gründlich vergeigt

Den Auftakt hat die Neuauflage von Rot-Grün gründlich vergeigt. Statt versprochener Steuererleichterung wird den Bürgern künftig tiefer in die Tasche gefasst. Die Sozialbeiträge werden angehoben und Arbeitslose stärker geschröpft. Hans Eichel macht mehr Schulden. Und mit dem peinlichen Hickhack um das Kabinett macht der Kanzler den Fehlstart seiner zweiten Regierung perfekt.

Ostsee-Zeitung

RENTEN

Probleme ungelöst

Der größte Mangel der rentenpolitischen Beschlüsse ist, dass sie jeden innovativen Ansatz vermissen lassen. Eine Rentenpolitik nach dem Motto „Beitrag rauf – Reserven runter“ kann die struktu-

rellen, das heißt die eigentlichen Probleme der Rentenversicherung nicht lösen.

Schwäbische Zeitung

Weder sicher noch berechenbar

Es kommt schlimmer als offiziell verkündet. Besserdienende müssen für ihre gesetzliche Rente künftig noch tiefer in die Tasche greifen als bisher angedroht. Bis zu 104 € im Monat mehr könnten es für Ostdeutsche werden – die Hälfte davon hat der Arbeitgeber zu tragen. Ein Irrtum? Die Bundesregierung behauptet das. Das mag glauben, wer will. Bewusste Irreführung wäre wohl zutreffender. Die gesetzliche Altersversorgung wurde dadurch weder sicher noch berechenbar gemacht.

Sächsische Zeitung

KONJUNKTUR

Es sieht finster aus

Die Wirtschaft wächst kaum noch, die Arbeitslosigkeit

verharrt auf einem unakzeptabel hohen Niveau. Eine wirkliche Wende zum Besseren ist derzeit nicht in Sicht.

Die meisten Prognosen rechnen auch für das nächste Jahr nur mit einer mickrigen Zunahme der gesamten ökonomischen Leistung, ausgedrückt im Bruttoinlandsprodukt (BIP). Und zu allem Unglück steuern die Europäische Zentralbank und die Bundesregierung einen Kurs, der die Republik noch tiefer in den Strudel zu stürzen droht.

Nur an Hiobsbotschaften herrscht derzeit kein Mangel. Die Deutsche Telekom etwa will 35.000 Arbeitsplätze im Inland kappen, Siemens rund 17.500, und auch das Kreditgewerbe hat längst zum Kahlschlag ausgeholt – von den Entlassungen in vielen kleinen Firmen ganz zu schweigen.

Kein Wunder also, dass die Zahl der Jobsuchenden zuletzt entgegen dem üblichen Trend in dieser Jahreszeit kaum schrumpfte und die Arbeitslosenquote inzwischen bei erschreckenden 9,5 Prozent liegt.

Frankfurter Rundschau

Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle.
Ausstattung: Vorder und Taschenreißverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband,
mit Stopper und integrierter Kapuze.

Bestell-Nummer Größe L: **29840**

Bestell-Nummer Größe XL: **29841**

Bestell-Nummer Größe XXL: **29842**

Preis je **1 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

Windbreaker „Smilie“

ACHTUNG RESTPOSTEN!

Größe S
Bestell-Nummer: **9459**

Größe M
Bestell-Nummer: **9460**

Preis je **1 Stück: 15,30 €**
inkl. MwSt.: 17,75 €



Schal, schwarz-rot-gold

Bestell-Nummer: **9362**
Preis je **1 Stück: 4,80 €**
inkl. MwSt.: 5,57 €



Papiertaschentücher

Bestell-Nummer: **9637**
Preis je **126 Stück: 23,00 €**
inkl. MwSt.: 26,68 €

UD

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

ABO 2600-5-42720 KV 1239

506
G 8396

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Postfach 12 60

53730 Sankt Augustin

Jammert mir
nichts vor,
ich habe **CDU**
gewählt

Herzogen CDU-Bundesgeschäftsstelle, HA-Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, 52156 Seiten-Nr. 9913

**Aufkleber „jammer mir nichts
vor, ich habe CDU gewählt.“**

Bestell-Nummer: **9513**
Preis je **100 Stück: 7,67 €**
inkl. MwSt.: **8,90 €**